

07.03.2017
039b

PRESSEMITTEILUNGEN
DER DEUTSCHEN
BISCHOFSKONFERENZ



Es gilt das gesprochene Wort!

Statement
von Prälat Dr. Peter Neher,
Präsident des Deutschen Caritasverbandes,
im Pressegespräch zum Thema
„Gesellschaftlicher Zusammenhalt oder Auflösung des Gemeinwohls?“
am 7. März 2017 in Bensberg
zur Frühjahrs-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz

Viele Faktoren beeinflussen den Zusammenhalt einer Gesellschaft. Dazu gehört, dass die einzelnen Mitglieder die Erfahrung machen, ihre Talente und Fähigkeiten entfalten zu können und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Auch Gerechtigkeitsfragen, sowohl innerhalb wie auch zwischen den Generationen, spielen eine wichtige Rolle. Und die Sicherheit, im Krankheitsfall oder im Fall der Pflegebedürftigkeit auf die Unterstützung durch die Solidargemeinschaft bauen zu können, gehört ebenfalls dazu.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist dann gefährdet, wenn Menschen sich ausgegrenzt fühlen; wenn sie das Gefühl haben, „abgehängt“ zu sein, keine Chancen mehr für sich oder für ihre Kinder sehen. Oder unter Abstiegsängsten leiden, wie dies zunehmend in der unteren und mittleren Mittelschicht verbreitet ist. Diese Abstiegsängste können dazu führen, dass sich die Mitte „nach unten“ abschottet und die Bereitschaft zur Solidarität mit Schwächeren sinkt. In einer Gesellschaft, in der sich die Mitte abgrenzt, ist jedoch der Konsens des solidarischen Miteinanders betroffen. Wichtig ist, das Vertrauen in den Sozialstaat zu stärken. Wie aber kann das gelingen?

Die Armut-Reichtums-Schere verringern

Soziale Ungleichheit mindern: Seit den 1980er Jahren ist die Einkommens- und Vermögensverteilung ungleicher geworden, auch wenn dieser Trend in den letzten Jahren stagniert. So verfügt die untere Hälfte der Haushalte nur über gut 1 Prozent des gesamten Nettovermögens; über die Hälfte des Nettovermögens befindet sich dagegen im Besitz der oberen 10 Prozent der Haushalte. Diese Ungleichheit in der Verteilung der Nettovermögen erklärt sich durch hohe Erbschaften, die geltenden Steuertarife und die Spreizung der

Kaiserstraße 161
53113 Bonn

Postanschrift
Postfach 29 62
53019 Bonn

Tel.: 0228-103 -214
Fax: 0228-103 -254
E-Mail: pressestelle@dbk.de
Home: www.dbk.de

Herausgeber
P. Dr. Hans Langendörfer SJ
Sekretär der Deutschen
Bischofskonferenz

Bruttoeinkommen. Um diese Ungleichheit zu verringern, fordern wir, den Spitzensteuersatz bei der Einkommenssteuer anzuheben, den niedrigeren Steuertarif bei Zinseinkünften im Vergleich zu anderen Einkommensarten anzugleichen und eine wirksamere Besteuerung hoher Erbschaften.

Regelbedarf erhöhen: Berechnungen des Deutschen Caritasverbandes zeigen, dass der Regelbedarf im SGB II für einen alleinstehenden Erwachsenen 60 bis 80 Euro höher liegen müsste als dies heute der Fall ist. Dann hätten die Betroffenen beispielsweise eine Flexibilitätsreserve, die ihnen mehr Spielraum bei unerwarteten Ausgaben ermöglicht.

Soziale Mobilität stärken – in Bildung investieren: Nach wie vor gibt es einen fatalen Zusammenhang zwischen dem Bildungshintergrund der Eltern und dem Bildungsweg der Kinder. Fast 84 Prozent der Kinder, deren Eltern beide die Hochschulreife haben, besuchen die 5. Klasse des Gymnasiums; wenn jedoch kein Elternteil die Hochschulreife hat, sind es 31 Prozent: Ein deutliches Zeichen, dass es hier noch viel zu tun gibt.

Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung: Faktoren für erstarkende populistische Tendenzen

Armut und Ausgrenzung können begünstigende Faktoren für (rechts-)populistische Tendenzen sein. Doch es werden auch andere Ursachen genannt. So hat der Psychologe Stephan Grünewald in einem Artikel im letzten Jahr in der FAZ beschrieben, wie sich angesichts politischer Krisen, des demografischen Wandels, der Klimaveränderung, der Risiken auf den Finanzmärkten und der Digitalisierung diffuse Ängste entwickeln und sich breitmachen können. Diese diffusen Ängste würden mindestens teilweise an den Flüchtlingen festgemacht, an denen man sich dann abarbeitet.

Es wäre aber zu kurz gegriffen, würde man den erstarkten Rechtspopulismus allein auf diffuse Ängste zurückführen. Die Motive, die dazu führen, dass populistische Gruppierungen unterstützt werden, sind höchst unterschiedlich. So weist der Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller darauf hin, dass sich Bürger auch von „Einstellungen leiten lassen wie ‚Ich hab’s doch geschafft; warum schaffen die’s nicht?‘ oder ‚Ich hab mir alles hart erarbeitet, ich teile doch nicht mit Leuten, die gar nicht zum Volk gehören!“¹. Andere vertreten die Einschätzung, dass es mit dem Land bergab geht und die Eliten sich nicht ausreichend darum bemühen, die Situation zu verbessern.²

Demokraten haben aber keine andere Möglichkeit, als Fakten zu präsentieren und zu diskutieren. Zu einer Versachlichung gehört es, die in der Gesellschaft vorhandenen Sorgen und Ängste aufzunehmen, diese aber nicht weiter zu verstärken, sondern sich mit ihnen argumentativ auseinanderzusetzen.

¹Jan-Werner Müller, Was ist Populismus? Ein Essay, Bonn 2016, 33f.

² Vgl. ebd., 34.

Im Kontext der Themen Flucht und Asyl sehe ich bei vielen Akteuren mit großer Sorge eine zunehmende Verrohung der Sprache, die mit einem besorgniserregenden Anstieg der Gewaltbereitschaft einhergeht. Dabei sind mittlerweile eine Schärfe in den gesellschaftlichen Debatten und eine Polarisierung wahrzunehmen, wie wir sie schon lange nicht mehr gekannt haben: Diffamierungen, Abwertungen und das Ignorieren von Fakten werden zunehmend gesellschaftsfähig. Es ist deshalb die Aufgabe der Politik, der Kirchen und der ganzen Zivilgesellschaft, die anstehenden Debatten ohne Scheuklappen zu führen, sich jedoch menschenverachtender Polemik und unangemessener Vereinfachungen deutlich zu widersetzen.

Der Beitrag der Kirche und ihrer Caritas

Das hohe Engagement vieler Menschen, gerade auch in den Kirchengemeinden, in deren Umfeld sowie in den Caritasverbänden, war und ist nach wie vor beeindruckend. Und das dürfen wir uns nicht kleinreden lassen! Die Kirche und ihre Caritas werden als gesellschaftliche Kraft wahrgenommen, die sich tatkräftig für die Flüchtlinge engagiert und sich gleichzeitig für faire und menschenwürdige Verfahren politisch einsetzt.

Das führt mittlerweile aber leider auch dazu, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Caritas angefeindet werden, weil sie sich für Flüchtlinge engagieren. So wurden ehrenamtliche Helfer beschimpft; vereinzelt mussten Veranstaltungen für Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe aufgrund von Hetze abgesagt werden oder es gab Steinwürfe und Schmierereien gegen Migrationsberatungsstellen der Caritas. Betroffen davon sind beruflich wie ehrenamtlich tätige Kolleginnen und Kollegen gleichermaßen.

Vor diesem Hintergrund zeigen die Kirche und ihre Caritas, dass sie an der Seite der Schwachen stehen. Sie widersetzen sich dem, dass Gruppen gegeneinander ausgespielt werden und widersetzen sich dem „Gift der einfachen Lösung“, mit der Populisten Lösungen anbieten.

Die Kirche und ihre Caritas mischen sich deshalb in die Debatten ein und setzen sich für eine gerechtere und menschenfreundlichere Gesellschaft ein. An vielen Stellen geschieht dies jeden Tag ganz praktisch. Und es geschieht, indem wir nicht schweigen bei Hetze, Verunglimpfung und Hass, sondern die Stimme erheben und „Nein“ sagen, wenn Menschen bedroht, diffamiert und ausgegrenzt werden. Das werden wir gerade im bevorstehenden Bundestagswahlkampf sehr aufmerksam verfolgen und entsprechend reagieren!